

# Posener Zeitung.

**Des Abonnements**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 Thlr.  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Insertate**  
(14 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum;  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin 11. Febr. Se. R. G. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Den früheren ersten Legations-Sekretär bei der Gesandtschaft in St. Petersburg, Kammerherrn und Legations-Rath Freiherrn von Werthern, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich griechischen Hofe; und den Assistenten bei der Gemälde-Galerie der hiesigen Königl. Museen, Professor Dr. Otto, zum Direktor der Abtheilung der Miniaturen, Landzeichnungen und Kunstbrände an den gedachten Museen zu ernennen; ferner dem Geheimen Regierungs- und Rath Hof zu Trier die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes des Großherzoglich Luxemburgischen Ordens der Eichen-Krone; so wie dem Geheimen Kommerzienrath Mevius zu Köln zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein Königl. Hoheit ihm verliehenen Ritter-Kreuzes erster Klasse des Ludwig-Ordens zu erteilen.

Abgereist: Der General-Major und Commandeur der 8. Infanterie-Brigade, von Belgien, nach Bromberg.

Art. 37 des St. Anz. 8 enthält Seitens des k. Ministeriums des Innern eine Verfügung vom 1. Oktober 1859, betr. die Heranziehung der Inhaber gewerblicher Anlagen und der Arbeiter in letzteren zu Gemeinde-, Kirchen- und Schulbeiträgen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Freitag, 10. Februar. Der heute erschienene Bankausweis ergibt eine Vermehrung des Baarvorraths um 5 $\frac{1}{2}$ , eine Verminderung des Portefeuilles um 17 $\frac{1}{2}$  Millionen Franks. — Der „Moniteur“ wird heute Abend den Handelsvertrag mit England publiziren. — Hier eingetroffene Nachrichten aus Rom vom 7. d. melden, daß unter den Studenten in Folge der Adresse an den Papst Tumulte entstanden, die ohne unangenehme Folgen vorübergegangen seien. — Aus Neapel wird vom 7. d. gemeldet, daß Filangieri definitiv aus dem Ministerium getreten und der Fürst Passaro das Konseilspräsidium zu übernehmen berufen worden sei. (Eingegangen 11. Februar 8 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 10. Februar. [Die Fluth politischer Gerüchte; Aussichten für die Bundeskriegsverfassung; Projekt eines ärztlichen Ehrenathes.] In einer Zeit, wo die vielbeliebte Weissagung, daß wir „am Vorabend großer Ereignisse“ stehen, eine gewisse Begründung für sich hat, kann es nicht auffallen, daß fast täglich allerlei wunderliche Gerüchte die politische Welt in Aufregung setzen. Ebenso natürlich ist, daß jeder Tag in den Ueberlieferungen seines Vorgängers einen reichen Stoff zu Berichtigungen vorfindet. So weiß man heute, daß die gestern umlaufenden, sehr beunruhigenden Nachrichten über einen Aufstand in Konstantinopel fast ganz aus der Luft gegriffen sind. Die Zustände im Orient sind allerdings der Art, daß auch die Hauptstadt des türkischen Reiches kein Schauspiel geheimer Regionen bis jetzt nichts bekannt geworden. Die Widerlegung der Nachricht, daß Preußen den Vorschlägen zur Regelung der italienischen Frage, welche von Seiten Englands und Frankreichs in Wien gemacht werden, zustimmend beigetreten sei, haben Sie schon in sämtlichen hiesigen Zeitungen gefunden, denen dieselbe aus amtlicher Quelle zugegangen war. Es scheint, die Regierung legt darauf Gewicht, daß man sie keiner Theilnahme an den Abmachungen zwischen England und Frankreich begünstige. Nach Ausweis der englischen Parlamentsverhandlungen hat übrigens Lord Russell nur geäußert, es sei von Preußen kein Einwand gegen die Vorschläge erhoben worden. Der Telegraph hat also das Recht einer freien Uebersetzung sehr stark gemißbraucht. Von den heutigen Gerüchten will ich Ihnen nur mittheilen, daß der Papst entschlossen sein soll, seine weltlichen Rechte auf die Romagna zwar nicht mit Feuer und Schwert, wohl aber mit allen Waffen seiner geistlichen Autorität zu verteidigen; gegen den König Victor Emanuel, falls er die Romagna seinem Reiche einverleibt, soll, wie es heißt, die Exkommunikation ausgesprochen werden. Aus Paris wird gemeldet, daß Napoleon augenblicklich gegen seine Bundesgenossen England und Piemont so verstimmt ist, daß er ernstlich gegen die von Cavour vertretenen Annexionspolitik ankämpft und eine Verständigung mit Oesterreich anzubahnen sucht. Die Unterhandlungen über die Reform der Bundeskriegsverfassung haben in der jüngsten Zeit eine für die preussischen Vorschläge nicht ungünstige Wendung genommen. Eine große Anzahl deutscher Bundesstaaten unterstützt den Vorschlag einer gründlichen Revision, und auch der Widerstand der Uebrigen scheint nicht ganz unbeflegbar zu sein. Die Haltung Oesterreichs ist unklar, es verschleppt augenscheinlich die Angelegenheit, um über die Bedingungen seiner Zustimmung zu unterhandeln. In Folge mancher Reibungen, welche neuerdings unter dem ärztlichen Personal Berlins vorgekommen sind, hat man den Gedanken eines medizinischen Ehrenrathes angeregt. Zur Kognition desselben würden die Anträge wegen Verlegung des ärztlichen Anstandes und der kollegialischen Rücksichten gehören, welche sich nicht vor das richterliche Forum bringen lassen. Der Gedanke hat vielfach Anklang gefunden.

(Berlin, 10. Febr. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König und die Königin machten heute bei dem schönen, trocknen Wetter eine längere Spazierfahrt und kehrten gegen 3 Uhr nach Schloß Sanssouci zurück, wo inzwischen der General Graf v. d. Groben eingetroffen war. Der Graf blieb bis Abends in Sanssouci und kehrte darauf wieder hierher zurück. — Zu der dramatisch-musikalischen Abendunterhaltung, welche gestern in dem Palais des

Prinz-Regenten stattfand, waren mehr denn 400 hohe Gäste geladen. Die sämtlichen Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses und alle die hier anwesenden fürstlichen Familien wohnten derselben bei; außerdem waren aber anwesend die obersten Hofchargen, die Minister, das diplomatische Korps, die Generalität, die prinzipalsten Hofchargen, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, viele Landtagsmitglieder und die Notabilitäten der Kunst und Wissenschaft. Zur Aufführung kamen: Schiller's Lied von der Glocke, das von Hendrichs gesprochen wurde, weil Frau Grelinger inzwischen erkrankt war. Darauf folgte das Lustspiel „Doktor Robin“. Die Rollen darin führten aus Hendrichs, Grun, Porth und die Damen Fuhr und Adamt. Dann kam zur Aufführung der Scherz: „Der Ritter der Damen“. In diesem spielten Döring, Liedtke und die Damen Formes und Hittl. Den Schluß bildeten Szenen aus Rossini's „Barbier von Sevilla“, dargestellt von den Mitgliedern der italienischen Oper: Sgr. Desiderata Attot, Sgr. Em. de Carrion d'Anquiano, Sgr. Krizt, Sgr. Enrico delle Sedice, Sgr. Spolito Bremond. Um 2 Uhr zogen sich die hohen Herrschaften zurück, es war aber schon 3 Uhr vorbei, als die übrige Gesellschaft das Palais verließ.

Heute Morgen 8 Uhr begab sich der Prinz-Regent zur Jagd nach der Runersdorfer Forst. In seiner Begleitung befanden sich der Prinz Friedrich Wilhelm, der Prinz Albrecht, Vater und Sohn, Prinz August von Württemberg, der Prinz Anton Radzwill, der Generalfeldmarschall v. Wrangel, der General v. Gahn, der Ober-Jägermeister Graf v. d. Asseburg, der Vize-Oberjägermeister Graf Eberhard zu Stolberg und mehrere Militärs. Von Potsdam aus schlossen sich der Begleitung noch an die hiesigen Prinzen und mehrere geladene Offiziere. Um 6 Uhr Abends kehrte die hohe Jagdgesellschaft von Potsdam nach Berlin zurück; nur der Prinz Albrecht (Sohn) hatte sich bereits Mittags von Potsdam aus mit mehreren Offizieren der Berliner und Potsdamer Garnison nach Brandenburg begeben, um, in Folge einer Einladung, an dem Diner Theil zu nehmen, das von dem Offizierkorps des 6. Kürassierregiments veranstaltet war. Dem Diner folgte eine Ballfestlichkeit und wird der Prinz erst morgen von Brandenburg hier wieder eintreffen. — Bei dem Minister v. Schleinitz war heute ein Diner, zu dem die sämtlichen Gesandten und andere hier anwesende Diplomaten eingeladen erhalten hatten. — Der hiesige Verein zur Unterstüßung hilfsbedürftiger Christen aus Israel beabsichtigt hier ein Missionshaus zu erbauen und hat sich mit einem darauf bezüglichen Gesuch auch an die Königin gewandt. Gestern hat der Vorstand von der hohen Frau zu diesem Zweck 10 Tsd. or. zugesandt erhalten. — Von Taglioni kommt in nächster Zeit ein neues Ballet: „Sieh Neapel und stirb“ zur Aufführung. Schon seit mehreren Tagen finden die Proben statt.

[Das Landesökonomie-Kollegium.] Zu der am 14. d. beginnenden zweiten Sitzungsperiode des königlichen Landesökonomie-Kollegiums sind nur die ordentlichen Mitglieder berufen, denen vielleicht einzelne der außerordentlichen hinzutreten werden. Unter den zur Verhandlung gestellten Gegenständen haben wir folgende hervor: 1) die Frage wegen der besten Ausnutzung vorhandener Torflager, eine Frage, die von Bedeutung ist bei der großen Ausdehnung der Torflager in vielen unserer Provinzen und den großen Fortschritten, welche die Zeit in Anfertigung von Preßtorf gemacht hat; sodann 2) die Frage, in wie weit und unter welchen Bedingungen Erdstreu andere Streu, insbesondere Stroh- und Waldstreu ersetzen könne; 3) die Beratung und Feststellung des dem vorgelegten Ministerium zu erstattenden Jahresberichts; 4) die Frage: ob es unausführbar und nützlich sei, bei der Spiritus- und Zuckerfabrikation das Fabrikat selbst zu besteuern und den jetzigen Steuermodus aufzugeben; 5) die Frage, ob der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu ersuchen sei, dahin zu wirken, daß das Steinsalz zu Staßfurt als Viehsalz zu 1 Thlr. der Zentner verkauft werde; endlich 6) die Frage, ob es ausführbar, die Schulamtskandidaten auf den Seminarien so weit landwirtschaftlich auszubilden, um in der Elementarschule das Lehrmaterial richtig zu wählen, und dadurch die Schüler zur Fortbildungsschule vorzubereiten. Noch andere Fragen von mehr oder minder großem landwirtschaftlichen Interesse und bezügliche Mittheilungen verschiedener Art werden die Tagesordnung zu einer reichen machen.

[Die Vorfälle im Gewerbe-Institut.] Nach der „B. Z.“ haben die Studirenden des k. Gewerbe-Instituts in einer vorgestern Nachmittag gehaltenen Versammlung folgende, an den Direktor Nottebohm gerichtete Adresse abgefaßt: „Es haben Ew. Hochwohlgeb. nach der uns mitgetheilten Unterbreitung mit 4 unserer Kommissionen nicht beanstandet, die Kontrolle am k. Gewerbe-Institut, wie sie bis jetzt bestanden hat, fallen zu lassen und die Erklärung abgegeben, daß ein Nachzählen oder Verlesen in keiner Weise mehr stattfinden soll und nur bei großen Versäumnissen eine Kontrolle in der allermindesten Form ausgeübt werden soll. Wir haben es vertrauensvoll aufgenommen, daß Ew. Hochwohlgeb. die freie Wahl der Vorlesungen beantragt haben und auch fernerhin befürworten wollen, daß man uns erlaube, unsere Bitten in einer Petition Ew. Hochwohlgeb. vorzulegen. Wir haben von Ew. Hochwohlgeb. die Zusicherung, daß uns Ihrerseits die unfr. Reise und Bildung zustehende Anrede nicht ferner verweigert werden wird. Da wir überzeugt sind, daß die letzten Vorfälle keinem in keiner Weise nachgetragen werden sollen, so säumen wir nicht länger, mit frischem Muth und neuem Eifer das Gewerbe-Institut zu betreten, und indem wir unser Bedauern über die letzten Vorfälle aussprechen, erklären wir hiermit, daß wir gewillt sind, in das Gewerbeinstitut wieder einzutreten.“

Danzig, 9. Febr. [Marine.] Da die auf der hiesigen königlichen Werft stationirten beiden Kanonenjollen den jetzigen Anforderungen an Kriegsfahrzeuge dieser Art nicht mehr entsprechen, so wird beabsichtigt, dieselben auszurangiren und zu veräußern. — Die im Bau begriffenen 20 Kanonenboote sollen dem Marindepot in Stralsund überwiesen und dort eben so wie die daselbst stationirte Kanonenbootflotille in Schuppen auf Land untergebracht werden. (D. D.)

Elberfeld, 9. Febr. [Bestätigtes Todesurtheil.] Der durch Urtheil des hiesigen Assisenhofes vom 21. Juni 1858 wegen zweifachen Gistmordes zum Tode verurtheilte Polizeiergeant August Steiniger ist vorgestern von Düsseldorf aus wieder hierher ins Arresthaus gebracht worden. Dem Vernehmen nach ist das Todesurtheil Allerhöchst bestätigt worden und die Hinrichtung soll in einigen Tagen geschehen. (E. Z.)

Glogau, 9. Febr. [Freisprechung.] Am verflossenen Freitag kam bei dem hiesigen Appellationsgericht die Anklage gegen die Herren Dr. Blau und Koehler in Glogau wegen Verleumdung des Polizeidirektors Hirschbansky in zweiter Instanz zur Verhandlung. Die Angeklagten waren in erster Instanz dieses Vergehens wegen zu 30 Thlr. Strafe verurtheilt worden. Beide waren in dem auf dem Appellationsgericht anberaumten Termine persönlich erschienen; die Vertbeidigung hatten sie dem Rechtsanwalt Koerte hier selbst übertragen, der die auch mit vielem Eifer ausführte. Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes lautete das Urtheil auf „Nichtschuldig“, worauf die beiden Angeklagten von Strafen und Kosten entbunden wurden. (Schl. Z.)

Koblenz, 9. Febr. [Die Intendanturen.] Die Nachricht, als beabsichtige man, bei unserer Armee künftighin die Selbstverpflegung der einzelnen Truppentheile abzuheben, so daß nach Wegfallen der jetzigen Zahlmeister nach dem Muster der französischen Armee neben den jetzt bestehenden Korpsintendanturen noch besondere ambulante Divisionsintendanturen errichtet werden sollen, scheint sich schon bald verwirklichen zu sollen, wenigstens schließt man solches daraus, daß vor einigen Tagen bei verschiedenen Behörden die amtliche Anfrage hier ergangen ist, ob sich unter ihrem Personale Beamte befänden, welche sich zu Intendantursekretären eigneten. (K. Z.)

Naugard, 10. Febr. [Der Scheunenbrand.] Durch das schon (Nr. 34) erwähnte Feuer, welches in einer von dem Stargarder Thor belegenen Scheune ausbrach, sind 42 Scheunen, 1 Wohn- und 1 Stallgebäude gänzlich in Asche gelegt. Sämmtliche Scheunen sind zum Theil gar nicht, zum größten Theil nur sehr geringe, die in denselben vorhandenen Getreide- und sonstigen Vorräthe u. dagegen gar nicht versichert.

Stettin, 10. Februar. [Meinungsverschiedenheit.] Von 37 Stadtverordneten ist ein Antrag an die Stadtverordneten-Versammlung entworfen und unterzeichnet worden, dahin gehend, dem Oberpräsidenten Senft v. Pylach das Ehrenbürgerrecht von Stettin zu verleihen. Wie die „N. St. Z.“ hört, hat sich gegen diesen Antrag von Seiten anderer Stadtverordneten ein entschiedener Widerspruch kundgegeben; auch werde von einem großen Theil der Bürgerschaft ein Protest gegen einen derartigen Schritt eingeleitet.

Oesterreich. Wien, 9. Februar. [Standrecht im Venetianischen.] Nach einer Korrespondenz der „Presse“ hat sich das zweite Armeekommando veranlaßt gefühlt, im ganzen venetianischen Verwaltungsgebiete sowohl, als auch für den Orientiner Kreis das Standrecht gegen die Widerseßlichkeit gegen die bewaffnete Macht und den Angriff gegen die Macht des Staates zu verhängen. Diese Maßregel, welche bereits in einem General-Lagebefehl publizirt wurde, wird mit dem 15. d. M. in Wirksamkeit treten und durch sämtliche venetianische Blätter bekannt gemacht werden.

[Keine Notizen.] In diplomatischen Kreisen spricht man von geheimen Verhandlungen, welche eben jetzt zwischen Oesterreich und den in Würzburg vertretenen Regierungen stattgefunden haben, nach einer andern Version noch stattfinden sollen. Dabei soll die Möglichkeit eines neuen Krieges mit Frankreich vornehmlich ins Auge gefaßt worden sein. Näheres ist hierüber bis jetzt noch nicht bekannt. — Die bedauerenswerthe Stadt Belos ist abermals bedeutend überschwemmt; innerhalb der jüngsten sechs Monate, schreibt man dem „Naplo“, ist dies nur schon die dritte Heimfluthung durch die entfesselten Fluthen. Die durch die Ueberschwemmung im jüngst verflossenen Sommer angerichteten Schäden überstiegen die Summe von 300,000 Fl.; im November fand das 2. und jetzt das 3. Elementarereigniß statt, welches letzteres noch bei Weitem größere Dimensionen als das erste annahm. Es steht zu befürchten, daß mehr als hundert Häuser einstürzen werden.

[Rüstungen.] In Triest wird, wie die Wiener „Presse“ meldet, in den dortigen Bahnhofs- und Magazinen ein normales Verpflegungsmagazin errichtet; doch ist bis jetzt noch von einer Armirung der Kriegsmarine nicht die Rede, dagegen sollen einige Kriegsschiffe nach Ancona abgehen, angeblich um den Rest des militärischen Materials, das beim Abzuge der österreichischen Garnison dort zurückgeblieben, abzuholen. Am 4. Februar traf ein bedeutender Transport des Regiments Mamula, das bisher in Dalmatien stand, nebst vielen Offizieren in Triest ein, und das Kommen und Gehen der bewaffneten Macht war so lebhaft, daß an der Börse das Gerücht vom Durchmarsch von 60,000 Mann wieder „aufgewärmt“ wurde.

Pesth, 5. Febr. [Die Stimmung.] Seit einigen Tagen, namentlich seit die Vorgänge bezüglich der Protestantendeputation in Wien bekannt geworden, haben sich die hiesigen Zustände



weientlich gebessert. Die Synode dürfte baldigst ihre Thätigkeit be-  
ginnen können. (Destr. 3.)

**Hannover**, 10. Februar. [Presbureau.] Genau um die  
Zeit, wo man in Preußen die letzten Reste des Presbureau's be-  
seitigt, hat man hier eine solche Anstalt in das Leben gerufen, die sich  
jetzt gar kräftig regt, und neuerdings den Verlegern unserer Pro-  
vinzialblätter sehr viel zu schaffen macht. Ueber Art und Weise, wie  
man sich der unabhängigen Blätter zu bemächtigen sucht, laufen  
verwunderliche Geschichten um. Dem Verleger einer vielgelesenen  
Provinzialzeitung ward z. B. vor Kurzem angekündigt, er werde  
für sein Blatt demnächst aus Hannover einen Artikel erhalten, der  
eine den Ständen vorliegende und der Regierung sehr wichtige An-  
gelegenheit betreffe; man hoffe, ward fürsorglichst hinzugefügt, daß  
er in Betreff des Abdrucks keine Umstände machen werde, da es  
sonst geschehen könne, daß die Behörde, der die ankündigende Per-  
son angehöre, ihren nicht unbedeutenden Bedarf an Drucksachen, For-  
mularen u. dgl. von einem Andern zu nehmen sich entschleße. Das  
angekündigte Schreiben, welches die Küstenbefestigungs-Angelegen-  
heit betraf und die preussische Auffassung dieser Sache scharf be-  
kämpfte, langte denn auch einige Tage später richtig an und  
wurde gedruckt. (N. 3.)

**Sachsen**. \*Dresden, 9. Febr. [Kirchliche Engher-  
zigkeit.] Es ist eine auffällige Erscheinung, daß in einer Zeit, in  
der die weltliche Macht des Papstes so gut wie aufgehoben ist, die  
kirchliche dermaßen an Bedeutung gewinnt, daß selbst protestantische  
deutsche Regierungen sich dazu drängen, sich durch ein Konkordat  
in Abhängigkeit von Rom zu stellen. Gleichzeitig erlaubt sich in  
anderen Ländern, ungestört von den Regierungen, die katholische  
Geistlichkeit allerlei Uebergriffe. Im Königreich Sachsen sind bis  
jetzt solche Erscheinungen nicht zu Tage getreten. Es verdient An-  
erkennung, daß der katholische Hof wie die katholische Geistlichkeit  
mit äußerster Sorgfalt Alles vermeiden, was das Gefühl der pro-  
testantischen Bevölkerung verletzen könnte. Beispiele von Intoleranz  
in der katholischen Kirche Sachsens stehen ganz vereinzelt da  
und finden, wenn sie doch einmal vorkommen, sofortige entschiedene  
Mißbilligung von oben. Anders ist es leider in der evangelischen  
Kirche Sachsens, seit Hr. v. Falkenstein mit der Verwaltung des  
Kultusministeriums betraut ist. In der katholischen Hofkirche  
Dresdens dirigiert ein Protestant die Kirchenmusik, bei der Sänger  
und Musiker der verschiedenen Konfessionen mitwirken, und es ist  
nicht bekannt, daß daran ein Katholik Anstoß genommen habe.  
(Als aber zwei protestantische Kapellmeister vorhanden waren, be-  
stand die katholische Hofgeistlichkeit doch mit Erfolg darauf, daß  
noch ein katholischer Musikdirektor angestellt werde. Die Kir-  
chensänger der katholischen Hofkirche sind übrigens unsers Wissens  
sämmlich katholischer Konfession. D. Red.) Als Kantor der evan-  
gelischen Stadtkirche zu Chemnitz ist kürzlich Hr. Schneider aus  
Dessau, der würdige Sohn des berühmten Friedrich Schneider, von  
der Stadtgemeinde berufen worden. Nachdem er bereits sein Amt  
angetreten, seine Amtswohnung bezogen, das Bürgerrecht erlangt  
hat, findet sich, daß er zwar in Dessau tugendhaft, in Des-  
sau aber reformirt konfirmirt worden ist. Und deshalb glaubt die  
Chemnitzer evangelische Geistlichkeit ihm nicht gestatten zu dürfen,  
daß er eine evangelische Amtswohnung inne habe und in einer  
evangelischen Kirche die Musik dirigiere. Der Kultusminister aber  
hat diese Bedenken gebilligt und dem Kantor Schneider die Aus-  
übung seines Amtes, in welchem er bereits bestätigt ist, untersagt.  
Vor Hr. v. Falkenstein dachte hier kein Mensch an Verleherung  
der Reformirten, und so ist z. B. der jetzige evangelische Superin-  
tendent Dresdens, Dr. Kohnschütter, früher längere Zeit zweiter  
Geistlicher an der hiesigen reformirten Kirche gewesen. (Er hat  
übrigens die Superintendentur erst unter dem jetzigen Kultusmi-  
nister erhalten. D. Red.) Der erste evangelische Geistliche der Stadt  
Dresden hat vorher Geistlicher in der reformirten Kirche sein kön-  
nen, ohne daß er dadurch unfähig geworden wäre zu seinem jetzigen  
evangelischen Kirchenamte, der Kantor aber an einer evangelischen  
Kirche in der Provinz darf nicht sein Amt verwalten, weil er refor-  
mirt konfirmirt worden ist! Wird nun der Dresdner Superintendent  
abgesetzt werden? Schwerlich! Wo bleibt aber dann die Konsequenz?

**Hamburg**, 8. Febr. [Witterungs-Abnormitäten.]  
Eine ganz besondere Eigentümlichkeit dieses Winters in hiesiger  
Gegend ist der stete und rasche Umschlag des Wetters von Frost zu  
Thauwetter, von Schnee zu Regen, er übertrifft Alles, was man  
hier sonst an Veränderlichkeit des Wetters ohnehin schon gewöhnt  
ist. Dabei treten noch andere ungewöhnliche Wettererscheinungen  
ein, am vorgerückten Morgen ein kurzes Gewitter und zweimal ge-  
stern in Folge des heftig wehenden Sturmes bei Nordwestwind  
eine so starke Fluth, daß die niederen Stadttheile unter Wasser ge-  
setzt wurden. Im Frühjahr und Herbst ziemlich gewöhnliche Er-  
scheinung, gehört ein solcher Sturm zur Winterszeit doch zu den  
Selteneren. (N. 3.)

**Mecklenburg**. Schwerin, 9. Februar. [Antrag auf  
Verfassung.] Unter dem 1. d. hat Herr Manecke auf Duggen-  
koppel in einer Eingabe an den Engeren Ausschuss hieselbst seinen  
Antrag vom 12. Sept. v. J. „auf Wiederaufnahme der Verfassungs-  
arbeiten vom Jahre 1849“ erneuert und dessen Intimation zum  
nächsten Landtage beantragt. Unter Bezugnahme auf die von ihm  
als Mitglied der alten mecklenburgischen Ritterschaft mitunterzeich-  
nete Erklärung, welche von mehr als 150 in Güstrow versammelten  
adligen und bürgerlichen Gutsbesitzern am 14. April 1848 abge-  
geben ward, ferner auf die Verhandlungen des außerordentlichen  
Landtages vom 26. April ff. desselben Jahres und auf die Verein-  
barung mit der Abgeordnetenversammlung von 1848/49, spricht der An-  
tragsteller es als seine Ueberzeugung aus, daß die „auf vollkommen  
legalem Wege zu Stande gekommene Repräsentativverfassung vom  
10. Oktober 1849 auch heute noch zu Recht besteht, verzichtet aber,  
im Hinblick auf die Beanstandungen, welche seine früheren An-  
träge Seitens des Engeren Ausschusses, des Ante-Komital-Kon-  
vents und des Landtagsdirektoriums erfahren haben, auf eine wei-  
tere Begründung, die er jedoch der Landtagsversammlung auf dem  
nächsten Landtage vorzulegen nicht verfehlen werde.“

**Sächsisch-Serapoth**. Gotha, 9. Febr. [Die Augen-  
krankheit.] Zur Ergänzung und Berichtigung der Nachricht über  
die in Gotha herrschende Augenkrankheit und die dadurch herbeige-  
führte Schließung der Schulen wird von kompetenter Seite mit-  
getheilt, daß eine Schließung der Schulen nicht weiter stattgefun-  
den hat, als daß die Lokalen des Gymnasiums einige Tage

hindurch gelüftet worden sind, daß ferner die Krankheit bis jetzt  
in einer durchaus milden Form aufgetreten und ein großer Theil  
der davon affizierten Schüler innerhalb acht Tagen wieder herge-  
stellt worden ist. Auch von den Lehrern der Anstalt ist nur einer  
auf acht Tage von dem Ertheilen des Unterrichts dispensirt wor-  
den. (Pr. 3.)

### Großbritannien und Irland.

London, 8. Febr. [Ministerium und Opposition.]  
Es scheint außer Zweifel, daß die Tories bei der Diskussion des  
Budgets einen starken Angriff auf das Ministerium beabsichtigen.  
Aus den Leitartikeln des „Morning Herald“ geht deutlich hervor,  
daß die Resignation, mit der sie Lord Palmerston's auswärtige  
Politik eine Zeit lang gewähren ließen, in dem Augenblick, wo  
diese sich mit einer innern national-ökonomischen Frage verwickelte,  
einer ganz andern Stimmung Platz gemacht hat. Ob die Tories  
sich zu dem Zweck mit den irischen Ultramontanen verbunden ha-  
ben, oder ob sie nur zufällig mit ihnen zusammengehen werden,  
darüber hat sich zwischen der „Saturday Review“ und dem „Her-  
ald“ eine hitzige Polemik erhoben. Die „Saturday Review“ sagt:

„Die heilige Allianz ist geschlossen. Die konservativen Organe werden  
leugnen, daß ein förmlicher Pakt vorhanden ist, Kraft dessen Lord Derby  
die Sache des Papstes, und das ultramontane Irland die heimliche Politik Lord  
Derby's unterstützen wird. Nur politische Sänglinge freilich könnten an einen  
solchen förmlichen Pakt glauben. Aber ein Pakt kann thatsächlich und durch die  
Gewalt der Umstände vorhanden sein, ohne daß er in Worte gefaßt wird, und  
obgleich einer der beiden Theile seine Existenz belegen mag. Die römisch-  
katholischen Unterhausmitglieder aus Irland sind den Priestern so unterthan,  
daß sie bei der direkten Fragestellung, ob sie Vertrauen zu einer Regierung  
haben, welche die Säkularisirung der Romagna mit günstigen Augen betrach-  
tet, kaum anders als auf jede Gefahr hin mit der Opposition stimmen können.  
Das Budget kann nicht anders als den Konservativen eine bequeme Handhabe  
bieten, es mag ausfallen wie es wolle. Gegen den Handelsvertrag wird sich  
einwenden lassen, daß er niemals hätte unterzeichnet werden sollen, und Schutz-  
zöller werden sich gegen ihre Gegner auf die abstrakten Grundzüge des Frei-  
handels berufen. Es wird ebenso leicht sein, sich der Armen annehmen und  
zu protestiren, daß es sündhaft sei, den Preis der Seide auf reicher Damen  
Gliedern und des Claret auf reicher Herren Tischen zu ermäßigen, während der  
Arme unter schweren Zee- und Zuckersollern leidet. Keine parlamentarische Ge-  
istlichkeit kann Herrn Disraeli's Partei dieser Gelegenheiten berauben. Die  
Hauptfrage ist, ob sie sich derselben bedienen wird, um das Ministerium zu  
stürzen. Daß es gestürzt werden kann, wollen wir nicht bestreiten. Aber  
schwer ist es, sich für die Konservativen und das Land überhaupt ein größeres  
Unheil zu denken, als daß sie unter solchen Umständen nach dem Andern streben.  
Kämen die Konservativen durch eine, wenn auch noch so unvorbedachte und un-  
schuldige Koalition mit den irischen Katholiken zur Gewalt, so müßten sie ent-  
weder diesen gefährlichen Allüren auf ihre auswärtige Politik Einfluß gönnen  
oder sie als gebrauchte Werkzeuge über Bord werfen. Wahrscheinlich würden  
sie das Letztere thun, sich durch die Politik ihrer Vorgänger gebunden erklären,  
Sardinien ebenso unterstützen, wie das jetzige Ministerium dies thut, und  
höchstens Lord Malmesbury eine Dopeiche nach Turin schreiben lassen über die  
unsterbliche Wahrheit, daß der Ehrgeiz gefährlich und der Ruhm ein leerer  
Wahn ist. Damit würden sie die irische Brigade nicht befriedigen. Im näch-  
sten Treffen wären sie geschlagen und würden nach ein paar Wochen verächt-  
lichen Triumphe wieder auf die Oppositionsbank schleichen. Aber dies Alles  
beruht auf der Voraussetzung, daß die jetzige Regierung abhandeln würde, ohne  
das Parlament aufzulösen. Warum sollte sie eine so siegreiche Waffe wegwer-  
fen? Nein, sie würde das Land anrufen mit der Frage, ob das protestantische  
England seine Sympathien für das freie Italien den katholischen Anhängern  
despotischer Mächte zu Gefallen ausgeben soll oder nicht. Die Antwort Eng-  
lands ist kein Augenblick zu zweifeln. Das gegenwärtige Ministerium  
würde im neuen Parlament viel stärker als im jetzigen; aber die Befestigung sel-  
ner Macht würde keineswegs die Uebel mildern, die der Angriff auf dasselbe  
hervorgerufen hätte. Den Religionshaß kann man in einem einzigen Tage ent-  
zünden, aber Jahre vergehen, bevor er gelöscht werden kann. Wenn die Kon-  
servativen eine vorzeitige Auflösung erzwingen, so kehren sie nach Westminster  
zurück, verkrüppelt an Kraft, mit gelichteten Reihen, verhaßt bei allen Ge-  
müthigen und beim unteren Theil des Volkes als Mitschuldige der Gräu-  
el Roms betrachtet. Nichts wäre einem neuen, frisch aus einer religiösen Kon-  
trolle hervorgegangenen Parlament angenehmer, als eine Reformbill zum  
Gesetz zu erheben, welche die Art an die Wurzel der konservativen Macht legen  
würde.“ Dann an die katholischen Mitglieder sich wendend, bemerkt dasselbe  
Blatt: Ein scharfer Beobachter sagte, daß die Katholiken-Emancipation, wenn  
sie heutzutage beantragt würde, hundert Stimmen Majorität gegen sich hätte  
und daher durch solche Widerwillen haben die Katholiken der Nation  
durch die politische Haltung eingelegt, die sie seit ihrer Emancipation beobach-  
tet. Wir brauchen nicht erst zu versichern, daß wir nicht zu denen gehören,  
welche die Emancipation, wie sehr sie mißbraucht werden möge, bedauern,  
oder sie zurücknehmen möchten. Aber wir werden gewiß, wenn die katholische  
Partei im Unterhause zu auftreten sollte, wie man ihr zuversichtlich als Wächter  
nachgeht, überzeugt werden, daß die schlimmsten Prophezeiungen der Emanci-  
pationsgegner in Erfüllung gegangen sind, und daß die fanatische Antipathie  
gegen Rom, wenn sich ein solches Gefühl überhaupt rechtfertigen läßt, eine  
gerechte ist.“

Auch „Daily News“ sieht einem Angriff der Tory-Opposition  
mit Gewißheit entgegen, läßt aber die Irländer aus dem Spiele.  
Der „Morning Herald“ erklärt die Angaben der „Saturday Re-  
view“ für nichts Anderes als jene abgestandene Lüge, die zuerst in  
der „Times“ während der letzten allgemeinen Parlamentswahl er-  
schien. Der einzige Grund der Anklage sei „die Wahrscheinlichkeit,  
daß im Fall einer Abstimmung über die auswärtige Politik der  
Regierung die irischen Mitglieder mit der legitimen Opposition  
gehen werden.“

[Die „Times“ über die Savoyische Frage.] Die  
„Times“ kommt abermals in einem längern Artikel auf die Savoyi-  
sche Angelegenheit zurück und sagt darüber im Wesentlichen: „Die  
Debatte, zu welcher Lord Normanby das Oberhaus eingeladen  
hat, wird einem Doktorenkonsilium im Vorzimmer eines sterbenden  
Patienten ähnlich sein. Wäre die Sache mit Worten zu entschei-  
den, so bedürfte es kaum der Ueberredungsrede Lord Normanby's  
im Oberhause oder Herrn Kinglake's im Unterhause, um uns zu  
überzeugen, daß Savoyen und Piemont am besten thäten, beisam-  
men zu bleiben, und daß der Bar, ohne gerade ein Mississippi zu  
sein, doch eine ganz gute Grenze macht. Da das englische Kabinett  
kaum den Entschluß fassen dürfte, gegen Seden, der Sardinien zer-  
stückeln will, Krieg anzufangen, und da Napoleon III. höchst wahr-  
scheinlich keinem seiner Allirten die Art und Weise, wie er den An-  
nehrungsprozeß zuletzt ausführen wird, anvertraut hat, so können  
wir nicht sehen, was die Debatte nützen soll. Die Sache ist, Sa-  
voyen und Nizza gehorchen dem von Napoleon III. neu entdeckten  
großen Gesetz der „Vollsovereänität“. Bis zu einem gewissen  
Punkt ist es keine neue Entdeckung. Man kann sagen, daß wir in  
England vor anderthalb Jahrhunderten das Gesetz erfunden haben.  
Wenn ein Thron thatsächlich oder durch den Bruch eines ursprüng-  
lichen Paktes erledigt ist, dann erhebt sich diese Vollsovereänität  
und schiebt alle gewöhnlichen Gerichtsbarkeiten bei Seite. Wir sa-  
hen die Wirkung des Gesetzes in Parma, Modena und Florenz, wo  
die Herrscher dem Beispiel unsers Jakob II. folgten und die Regie-  
rung im Stich ließen; und in der Romagna, wo grobe Tyrannei  
und das Blutbad von Perugia den Bewohnern das Recht der Roth-  
wehr wiedergaben. So weit war das Prinzip alt und anerkannt.  
Aber in Savoyen und Nizza tritt es in eine neue Phase und ent-

wickelt es sich großartiger. Victor Emanuel wurde eben von der  
französischen Presse belehrt, daß Savoyen und Nizza ebensoviel  
Recht, wie Mailand und Parma haben, zu bestimmen, wer sie re-  
gieren soll.“ Victor Emanuel mag erwidern, daß die Analogie  
nicht Stich hielt; daß er kein Tyrann und kein Flüchtling ist; daß  
Savoyen und Nizza nicht in Waffen gegen ihn stehen. Aber das  
geht die neue Doktrin nichts an, nach der es offenbar Dogma ist,  
daß Jedermann das Recht hat, sich seinen eignen Souverän zu er-  
nennen und unter ihm zu leben. Gleichviel wie das Gesetz in Sa-  
voyen und Nizza wirken mag, in Belgien und am Rhein haben wir  
damit nicht gern eine Probe anstellen. Wo es freilich auf die Be-  
richte der französischen Presse und französischer Agenten ankommt,  
und wo Herr Grandguillot das Sagit zieht, da zweifeln wir nicht,  
daß die Volksbegeisterung für den Anschluß an Frankreich in Köln  
eben so groß erscheinen wird, wie sie vermöge jener Hülfe sich in  
Nizza zeigt. Aber was uns betrifft, so mögen wir nicht gern bel-  
len, wofür wir nicht auch heißen sollen. Napoleon III. kümmert  
sich keinen Sou darum, was Lord Normanby sagt, so lange er leib-  
lich gewiß darüber ist, was die englische Regierung thun wird. So-  
fern wir nicht handelnd auftreten wollen, (und das werden wir  
sicherlich nicht in einer Sache, die für uns selbst so unendlich wenig  
praktische Wichtigkeit hat) ist es kaum unsrer Würde gemäß, ein  
großes Gekesse zu erheben.“

[Die Politik Napoleons.] Der „Morning Adver-  
tiser“ ist überzeugt, daß der Verfasser der Idées Napoléoniennes  
im vollen Anlauf sei, um das Gebäude des Kaiserreichs, wie es un-  
ter dem ersten Napoleon bestand, wieder aufzurichten. „Die Sicherheit,  
die allein sichere Politik sei, ihm gleich im Unbeginne entgegenzutre-  
ten. Er strebe, eingestandenemassen (d. h. nach dem Geständniß  
bonapartistischer Journale) nicht bloß nach dem Besitz Savoyens  
und der Seelapen, sondern der sogenannten „natürlichen Grenzen“  
überhaupt, nach dem Rhein und den Niederlanden. Wir wieder-  
holen es“, schließt der „Advertiser“ den betreffenden Artikel, „der  
französische Gewaltthäter trachtet auf nichts Anderes, als uns von  
unsern natürlichen Allirten zu isoliren, uns ganz und gar in seine  
Bahn zu ziehen und dann — zu zermalmen. Wäre es möglich, uns  
in dieser Ueberzeugung zu bestärken, so fänden wir es in dem Um-  
stand, daß der „Moniteur“ gerade jetzt eine neue „Reduktion der  
französischen Armee“ ausstumpet.“

London, 9. Febr. [Parlament.] In der so eben (Nachts) stattge-  
habten Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston, daß er nicht wisse,  
ob Gladstone morgen das Budget vorlegen könne, der Handelsvertrag  
solle aber dem Hause jedenfalls mitgetheilt werden. Siggeard fragte, ob ein  
Uebereinkommen zwischen Frankreich und England in Bezug auf die an China  
zu stellenden Forderungen, so wie auf die gemeinschaftlichen Operationen und  
namentlich auf die permanente Besetzung eines Theiles des chinesischen Territo-  
riums getroffen worden sei. Lord John Russell beantwortete diese Interpellation  
dabin, daß keine solche Uebereinkunft getroffen worden, aber eine Ordinan-  
z erlassen sei, welche dem Inhalte der Frage Siggeard's entspreche. (Tel.)

### Frankreich.

Paris, 8. Februar. [Die Situation.] Die Verwirrung,  
welche die politische Lage des Augenblicks kennzeichnet, richtet nicht  
geringeren Unheil an, als die unzweideutige Aussicht auf einen na-  
hen Krieg hervorbringen könnte. Die besten Quellen lassen heutzun-  
tage den Berichterstatter im Stich, wenigstens reichen ihre Mittel  
nicht aus, um die Zweifel zu heben, welche ebenso gute andere Quel-  
len hervorruhen. Eine Nachricht widerspricht der andern, der Wider-  
spruch ist der einzige positive Inhalt aller zugänglichen Informationen.  
Ich habe unter solchen Umständen keine Veranlassung, von der wie-  
derholt ausgesprochenen Meinung zurückzukommen, die Savoyische  
Frage werde für den Augenblick fallen gelassen werden. Wie wenig  
ich auch den Umständen, die dagegen sprechen, ihren Werth abspre-  
chen will, so kann ich doch nicht umhin, größeres Gewicht auf die  
Thatsachen zu legen. Die einhellige und feste Opposition von ganz  
Europa; die Weigerung Piemonts, der durch Englands kommer-  
zielles und maritimes Interesse bestimmte Widerstand des Parla-  
ments, den Lord Palmerston, selbst wenn er wollte, nicht zu über-  
winden im Stande sein würde; die unbezweifelte Gefahr, welche  
eine solche Veränderung der Territorialverhältnisse für Deutschland  
haben müßte; Rußlands unverholener Unmuth gegen Frankreich;  
neueste Haltung in der italienischen Frage; das Alles ist zu mach-  
tig, als daß der Kaiser trotz der Energie seines Willens und trotz  
der noch unerlöschten Festigkeit seines Glaubens an das bonaparte-  
nistische Prestige die Verwegenheit haben könnte, thatsächlichen Wi-  
derstand herauszufordern. Die Politik nähert sich den Grundlagen,  
auf welchen das Ende des Krieges zu Stande gekommen ist, und  
ich hege keinen Zweifel, daß die französische Politik zu diesem von  
ihren verlassenen Ausgangspunkte zurückkehren wird, wenn nicht die  
unberechenbaren Zwischenfälle, die in den italienischen Angelegenhei-  
ten schon oft eine entscheidende Rolle gespielt haben, alle Berechnun-  
gen der Politik durchkreuzen sollten. (W.H.)

[Die orientalische Frage; der Suezkanal.] Die  
ungarischen Wirren nehmen hier die Aufmerksamkeit der diplomati-  
schen Kreise in hohem Grade in Anspruch, besonders seit Thowenels  
Enttressen. Denn mit Thowenel tritt die orientalische Frage wie-  
der etwas mehr in den Vordergrund, und dieser bringt aus Kon-  
stantinopel die Ansicht mit, daß das türkische Reich unrettbar verlor-  
ren und durch keine diplomatische Hülfe lange zu stützen sei. Hätte  
daher Desreux, seit Villafranca, einige innere Wehrkraft und Ent-  
wickelungsfähigkeit bewiesen, so würde das Tuilerienkabinett jetzt  
höchst wahrscheinlich eine engere Bundesgenossenschaft mit ihm, zur  
Lösung der orientalischen Frage anstreben, denn nach Villafranca  
behielt sich die hiesige Diplomatie absichtlich verschiedene Auswege  
offen. Es scheint aber wieder nichts aus dem Verufe Desreux's  
zu kommen. „Die Kultur nach Osten zu tragen“ werden zu sollen. Eine rasch be-  
friedigende Versöhnung des Wiener Kabinetts mit Ungarn hätte der  
italienischen Frage wahrscheinlich eine andere Wendung gegeben,  
und wohl auch die orientalische Krisis günstiger vorbereitet. So aber  
wird sich Louis Napoleon nicht zur Heilung oder Beerbung des „fran-  
ken Mannes“ mit einem andern Kranken verbinden. — Die Bureau's  
der Suezischen Suezgesellschaft sind hier vollständig organisiert. Ge-  
wis ist, daß in dieser Angelegenheit Nichts ohne Einverständnis mit  
der französischen Regierung geschieht und dieselbe eigentlich schon  
offiziös adoptirt ist. (N. 3.)

[Der Handelsvertrag mit England.] Cobden  
äußerte in Lyon, daß er nicht zweifle, daß das Parlament den Han-  
delsvertrag annehmen werde. Wenn gegen alles Erwarten, meint  
er, Lord Palmerston bei diesem Anlasse gestürzt würde, so würde der  
ihm folgende Minister den Vertrag in seinem Namen vor das Par-  
lament bringen. Das Parlament, befriedigt durch den Sieg über



das Ministerium, würde ihn ratifizieren. Dem „Salut public“ zufolge stipuliert eine bis jetzt unbekannte Klausel des Vertrages, daß Kohlen unter keinerlei Umständen als Kriegs-Kontrebande betrachtet werden können. Uebrigens fängt der Handel in Frankreich an, sich von der Aufregung, welche das neue kaiserliche Programm hervorgerufen hat, wieder zu erholen. Es ist nicht mehr die Rede davon, daß man nun die Fabriken schließen müsse, und die Fabriken schließen sich ernstlich an, der Konkurrenz Stand zu halten und ihre Vorräthe abzugeben. Der Handel wird eine Uebergangszeit der Störung durchmachen müssen; glücklicherweise haben die Fabriken wegen der letzten Krise keine großen Vorräthe aufgehäuft. Indessen bemerkt man doch die Angebote der Besitzer von Rohstoffen und Industrie-Erzeugnissen und die geringe Nachfrage; die Kolonialwaaren und eine große Zahl von Artikeln, welche mit in der Zollreform einbezogen sind, sind fast alle gefallen.

[Lage s. Bericht.] Die Note des Herrn Houvenel führt im Wesentlichen aus, daß Kaiser Napoleon III. Alles gethan habe, um die mittelitalienischen Bevölkerungen zur Wiederaufnahme ihrer Souveräne zu bewegen, aber alle Versuche seien gescheitert. Frankreich könne wegen der verwandtschaftlichen Rücksichten des Hauses Habsburg mit verschiedenen dieser Fürsten nicht verlangen, daß Oesterreich die englischen Vorschläge geradezu annehme; aber der Kaiser vertraue der hohen Weisheit der österreichischen Politik, daß diese Frankreich und England unter Berücksichtigung des Grundgesetzes der Nichtintervention gewähren lassen werde. — Die Pariser Damen, d. h. eine gewisse Fraktion der Pariser Damenwelt, haben, nach einer römischen Korrespondenz der „Patrie“, dem Papste 100,000 Fr. in 100-Franken-Goldstücken in einer prachtvollen goldenen Schale verehrt. Dabei befinden sich vielfache Adressen und sogar nicht wenige Gelöbnisse, von jetzt an die Hälfte des Nadelgeldes dem heiligen Vater zur Verfügung zu stellen. — Der „Moniteur“ enthält heute eine fünf Spalten lange Liste von Personen, welche im Laufe des 3. Quartals v. J. durch eigene Aufopferung Menschenleben gerettet haben und dafür jetzt mit Ehren-Medailles ausgezeichnet worden sind. — Der Fürst de la Tour d'Auvergne hat sich bereits vom Kaiser verabschiedet und geht am 15. d. nach Berlin ab. — Der bekannte Verleger Dentu hat das „Journal des Billes et des Campagnes“ käuflich an sich gebracht. — Der Bischof von Orleans antwortet durch „Union“ und „Gazette de France“ dem „katholischen Journalisten des „Constitutionnel“ Herrn Grandguillot“, welcher den Hirtenbrief des Monseigneur Roussieu vom Jahre 1810 aufgewärmt hatte, und sucht nachzuweisen, daß dieser sein (Dupanloup's) Vorgänger im Amte keineswegs, die Zierde des französischen Episkopats gewesen sei, wofür ihn Herr Grandguillot ausgegeben habe. — Louis Brüllot, der bisherige Redakteur en Chef des „Univers“ der die Absicht haben soll, einstweilen der Politik Lebewohl zu sagen, hat die Direktion der römischen Eisenbahnen übernommen und begiebt sich in diesen Tagen nach Rom. Dort befindet sich auch jetzt der bekannte Baron v. Meneval, der frühere französische Gesandte in München, der bekanntlich in Folge des Todes seiner Frau seine Entlassung eingebracht hat, um sich dem geistlichen Stande zu widmen.

[Ein Brief des Kaisers von Rußland; Cavour und Savoyen.] Der Kaiser Napoleon hat ein eigenhändiges Schreiben von dem Kaiser von Rußland erhalten, in welchem dieser, sich auf die Freundschaft der beiden Monarchen seit der Beendigung des Krimkrieges berufend, den Ersteren beschwört, sich mit dem Papste zu verständigen und nichts Feindseliges gegen die römische Kirche zu unternehmen oder zu dulden. Das wohlverstandene Interesse Frankreichs selber und die Ruhe Europa's erheische es. — In den hiesigen Regierungstreifen macht man Cavour für die Artikel der russischen Blätter gegen die Einverleibung Savoyen's und Nizza's verantwortlich. (N. V. 3.)

[Bereitschaft.] Einem badischen Blatte wird von der französischen Grenze geschrieben: „Es dürfte nicht ohne Interesse sein, aus zuverlässiger Quelle zu vernehmen, daß selbst in Dörfern und kleineren Ortschaften des Elsass bis mehrere Stunden unterhalb Straßburgs nicht genug Schneider und Näherinnen aufgetrieben werden können, um Soldatenhemden zu fertigen. Beurlaubte werden eingerufen, und die Eisenbahnadministrationen haben Befehl, zu Truppentransporten bereit zu sein.“

Marseille, 9. Febr. [Aus Konstantinopel.] Mit der Postenpost hier eingetroffene Nachrichten melden aus Konstantinopel vom 1. d., daß der Ministerresident der Niederlande durch einen Eunuchen auf der Straße in Pera injulirt worden war und Genugthuung gefordert habe. Die Pforte hatte Erkundigungen über die Umtriebe und Intriguen des Fürsten Milosch eingezogen. In Bosnien, Serbien und Rumelien herrichte Aufregung und in Konstantinopel Unzufriedenheit. (Tel.)

## Belgien.

Brüssel, 8. Februar. [Die Verlobung des Prinzen von Dranien; Kammerdebatten.] Die Verlobung der Prinzessin Alice mit dem Prinzen von Dranien ist dem Könige der Belgier, als Großonkel der fürstlichen Braut, amtlich angezeigt worden. Der Prinz von Dranien wird bei seiner Rückkehr nach Holland auf eine Einladung des hiesigen Hofes Brüssel berühren. Die Beziehungen zwischen den regierenden Häusern Belgiens und der Niederlande sind überhaupt seit einiger Zeit sehr herzlich; einen neuen Beweis dafür liefert die Vorlage eines Gesetzentwurfs, welcher aus der Formel des Seitens der Provinzialräthe abzulegenden Amtes eines „den ewigen Anschluß der oranischen Dynastie vom belgischen Throne“ betreffenden Paragraphen wegzustreichen vorschlägt. Diese Aenderung wird unweifelhaft einstimmig genehmigt werden; so lange sie besteht, hat noch kein Mitglied der niederländischen Dynastie den belgischen Boden betreten. — Die Diskussion des Budgets des Innern, welche in der gestrigen Kammerung wieder aufgenommen ward, gab zu einer sehr brillanten Debatte über die Lebensfrage des höheren Unterrichtswesens Anlaß. Bekannt ist die Unterrichts-Reform, welche die klerikale Partei im Jahre 1857 durchzuführen beliebte. Aus den Humanitätsstudien wurde damals vermittelst der Certifikate eine Chimäre, und die Abiturientenprüfung wurde ganz abgeschafft. Wie vorauszuweisen, hat jene „Reform“ die traurigsten Resultate geliefert. „Le niveau des études a baissé“, das war der sehr berechtigte Refrain aller Redner, und um das Niveau zu geben, hatte der Centralausschuß die Wiedereinführung des Abiturientenexamens und andere Verschärfungen beantragt. Herr Rogier versprach, unverzüglich ein Gesetz im Sinne dieser von allen Autoritäten der Schule

und Wissenschaft befürworteten Reform einzubringen. Dieselbe wurde auch nur von einem Abgeordneten bekämpft, es war Herr Dumortier. Auch den von Herrn E. Symans angeregten Vorschlag, die Kollegien der Staatsuniversitäten dem Publikum zugänglich zu machen, versprach der Minister in ernste Erwägung ziehen zu wollen. (R. 3.)

## Italien.

Turin, 4. Febr. [Militärdekrete.] Die „Gaz. uff. del Regno“ veröffentlicht das nachstehende Dekret: „Victor Emanuel II. v. i. r. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Kriegsministers haben Wir verordnet und ordnen Wir an: Die Truppen unserer aktiven Armee werden bezüglich des Avancements, der Ausübung der Militär-Kriminaljustiz und der Anwendung des Artikels 5 des Gesetzes vom 27. Juni 1850 über die Verlegung in den Ruhestand als auf dem Friedensfuß stehend betrachtet. Der vorerwähnte Minister ist mit der Ausführung des gegenwärtigen Dekretes beauftragt v. i. r. Gegeben zu Turin am 27. Nov. 1859. Victor Emanuel. A. La Marmora.“ — Eine vom 28. Jan. datirte und in den amtlichen Organen der revolutionären Regierungen Modena's und Parma's veröffentlichte Kundmachung des Militärkommandanten Locatelli bedroht im Hinblick auf die zahlreichen Desertionen die Verwandten jener Militärs, die sich in ihrer Heimath aufhalten und nicht in die Reihen der revolutionären Armeen zurückkehren wollen, mit der Vollstreckung der diesfalls normirten Strafen.

[Stimmung in Italien.] Dem „Nord“ wird aus Mailand geschrieben: „Die uns aus Venedig und dem Tridentinischen zukommenden Nachrichten lauten fortwährend schlimm. Zahllose Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Willkür überall, barbarische Deportationen, unerhörte Polizei-Placereien u. s. w. In Trident, Rovereto, Verona, Vicenza, Venedig und Treviso wurden die Podesta's abgesetzt und österreichische Kommissarien an deren Stelle ernannt; die Theater wurden geschlossen, kein Ball, kein Fest, keine Festungsfeste, überall dumpfes Grabesstöhnen.“ Diese Stimmung, wie die Schwüle im Kirchenstaate und in Neapel wirkt auch auf das übrige Italien ein. Das „J. des Déb.“ konstatirt, daß die sardinische Regierung überall beschwichtigend zu wirken suche, jedoch zugleich Frankreich anliege, die Reklamationen wegen Venedigs zu erneuern.“ Denn Italien befindet sich seit acht Monaten in einer höchst bedenklichen Lage, und jeder Tag könne Ausbrüche der Ungeduld bringen; namentlich steige die Erbitterung über die Einschüßung österreichischer Soldaten in Neapel und Rom, wo die sonst so treuen Schweizer sogar erbittert über diese unzeitgemäße Maßregel seien. In der Abberufung Desambrois von Paris, dessen Erziehung durch den gewandten Nigra, und in der Reise des Grafen Arrese nach Paris erblickt der „Nord“ einen Beweis, daß Cavour sich fester an Frankreich anschließt. Auch erfahren wir aus derselben Quelle, daß der Großherzog von Toscana neue Angebote macht, um restaurirt zu werden; er will sogar der allgemeinen Abstimmung sich unterwerfen und ein konstitutioneller Herr werden. Vor der Schlacht bei Solferino wäre diese Bekehrung zeitgemäßer gewesen! Wie die Stimmung in Acona ist, erhebt aus der Mittheilung der „Indépendance“, daß, als der Bischof daselbst ein Triduo, um Gott für die Beschützung des Papstthums zu bitten, ausrief, alsbald neben diesem Aufrufe ein anderer angeklebt war, worin aufgefordert wurde, Gott für den Sieg der italienischen Sache anzurufen. Als nun Mgr. Rudi in einer Predigt starke Beschuldigungen gegen Napoleon III. schleuderte, zogen die Kirchengänger vor das Haus des französischen Konsuls, um ihm ihre Sympathien kundzugeben. Als am folgenden Tage diese Kundgebung wiederholt wurde, trieb die päpstliche Gendarmerie das Volk auseinander, nahm Verhaftungen vor und besetzte den Vorplatz vor dem Konsulate. Als eine Deputation den Konsul um seine Mitwirkung zur Freilassung der Gefangenen anging, erklärte dieser, er könne in der Sache nichts thun.

[Geologisches Phänomen.] In Savoyen hat sich ein geologisches Phänomen ereignet. Bei Dreier, im Gebirge oberhalb Thonon, senkte sich ein Theil des Bodens und an seine Stelle trat ein See. Die mit dem Boden verflochten sehr hohen Kastanienbäume waren verschwunden und statt ihrer traten Baumstämme an die Oberfläche, welche lange unter Wasser gewesen sein müssen und die offenbar aus einer andern Gegend kommen, da die Baumsorte, welcher sie angehören, in dieser Gegend nicht bekannt ist. Zu gleicher Zeit bildete sich ein Abfluß des Sees, ein kleiner Bach, welcher das überflüssige Seewasser abführt.

## Dänemark.

Kopenhagen, 6. Febr. [Bericht Bliren-Fineke's über die Schul- und Sprachverhältnisse in Schleswig.] Die „Berlingske Tidende“ bringt heute an der Spitze ihres Blattes ein kurioses Altkunststück, das recht geeignet erscheint, das jetzige dänische Regime zu charakterisiren. Der Minister, Baron Bliren-Fineke, hat sich nämlich gemüthigt gefunden, dem Könige über den Zustand der Schulen und über die Sprachverhältnisse im Schleswigschen, welche der Minister in eigener Person während seiner mehrtägigen Anwesenheit zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht hat, Bericht zu erstatten. Der Baron ist bekanntlich am 27. in Flensburg eingetroffen, hat hier mehrere Diners gegeben, und mit den deutschen wie mit den dänischen hervorragenden Mitgliedern der Ständeversammlung privatim verhandelt. Am 30. machte der Baron einen Ausflug in die Umgegend, von welchem er nach am selben Abend wieder zurückkehrte; am 31. empfing er verschiedene Deputationen und Autoritäten der Stadt Flensburg und trat alsdann Mittags seine Rückreise nach Kopenhagen wieder an. Während des Ausfluges am 30. hat nun der Minister, dem, nach seinen eigenen den Abgeordneten gegenüber gethanen Aeußerungen, die schleswigschen Verhältnisse, namentlich die in den südlichen und den sogenannten gemischten Distrikten, bis dahin gänzlich fremd waren, die Gelegenheit wahrgenommen, sich über den Stand des Volksschulwesens, so wie über die Sprachverhältnisse in den betreffenden Distrikten, so vollkommen zu informieren, daß er sich nunmehr im Stande fühlt, mit einem Aplomb, der sich in der That prächtig ausnimmt, dem Könige und der Öffentlichkeit über den wahren Stand der Dinge im Herzogthum Schleswig offiziell Bericht zu erstatten. Herr v. Bliren-Fineke wollte aus seiner schleswigschen Reise politisches Kapital für das Ministerium machen, und so schrieb er freilich seinen „Allerunterthänigsten Bericht“. Man

kann aus diesem Altkunststück wenigstens den Mann einigermaßen kennen lernen, und wird sich nunmehr wohl auch in Deutschland über seinen wahren Charakter nicht mehr täuschen oder täuschen lassen. Die Sprachreife ist, wie bekannt, das Werk des jetzigen Ministerialdirektors Regenburg; auf den Bericht des Herrn Bliren-Fineke hat sich der König nun beeilt, Herrn Regenburg ein sichtbares Zeichen der „Anerkennung für seine vorzügliche Wirksamkeit“ zu ertheilen, und ihn zum Kommandeur vom Dannebrog ernannt. So beeilt sich Hr. v. Bliren-Fineke, der in Flensburg, sicherem Vernehmen nach, die allerliebsten Reden von „Versöhnung“ und dem „guten Rechte der Opposition“ führte, jetzt von Kopenhagen aus der schleswigschen Ständeversammlung, deren Klagen hinsichtlich der Kirche und Schule sich hauptsächlich gegen Regenburg richten, gewissermaßen ins Gesicht zu schlagen. (Dr. 3.)

[Bad Marienlyst.] In dem reizend gelegenen Badeorte Marienlyst bei Helsingör, der sich namentlich im vorigen Sommer eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte, wird jetzt ein neues Logirhaus ausgeführt, das außer Domestikenkammern v. i. r. 60 Zimmer enthalten soll und eine der schönsten Ausichten auf den Sund, die gegenüberliegenden Küsten und die herrlichen Waldpartien im Norden haben wird.

Kopenhagen, 9. Februar. [Die Ministerkrise.] Die Präsidenten der beiden Thinge des Reichstages sind zum Könige berufen worden. Das gegenwärtige Ministerium wird vorläufig die Geschäfte fortführen und hat Baron Bliren-Fineke provisorisch das Konseilspräsidium, Westenholtz das Ministerium für Holstein und Slesvig und das Ministerium der Justiz übernommen. Nach dem „Fædrelandet“ wäre Madvig zum Könige berufen worden. (Tel.)

## Schweden und Norwegen.

Stockholm, 3. Febr. [Empfang des sardinischen Gesandten in Helsingborg.] Der neue sardinische Gesandte am schwedischen Hofe, Marquis Migliorati, ist unmittelbar, nachdem er den schwedischen Boden betreten, mit einer populären Demonstration empfangen worden. Es geschah dies am 2. Februar in Helsingborg (am Sund). Die daselbst erscheinende „Allmänna Beredningsposten“ berichtet darüber unterm 3. Februar wie folgt:

Marquis Migliorati in Helsingborg. Nachdem es gestern Nachmittag hier in der Stadt bekannt geworden, daß der neulich ernannte Gesandte Sardiniens am schwedischen Hofe mit dem Dampfboot (von Kopenhagen) eingetroffen sei, um heute Morgen nach Stockholm weiterzureisen, sammelte sich kurz darauf am „Brunnen“ der Gesangsverein des freiwilligen Brandcorps, zugleich mit einem Theile des hier liegenden Militärmusikcorps, um dem Marquis Migliorati eine Serenade zu bringen. Man zog um 7 Uhr in großer Prozession zum Marste, wo der Marquis im Hotel Mollberg abgestiegen, und stellte sich in einem weiten Kreise vor demselben auf. Nachdem das Musikcorps ein Stück gespielt und der Gesangsverein ein patriotisches Lied gesungen hatte, wurde zuerst ein Lebehoch „auf Italien“ und eines „auf Piemont“ ausgerufen, worauf einer von den Anwesenden sich der Treppe des Hotels näherte, aus welchem der Marquis Migliorati unterde herausgekommen war und an ihn in französischer Sprache ungefähr folgende Worte richtete: „Herr Minister! Sie haben ohne Zweifel Kenntniß genommen vom dem Schritt, welcher kürzlich vom Reichstage in Stockholm zu dem Zwecke gethan wurde, um vor ganz Europa die lebhaften Sympathien unserer Repräsentation für Italiens große und heilige Sache offen zu zeigen. Aber, Ew. Excellenz, diese Sympathien sind nicht bloß bei uns repräsentativen Rammern, sondern bei dem ganzen schwedischen Volke vorhanden und die Einwohner der Stadt Helsingborg haben für ihren Theil diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen wollen, ohne Ihnen einen Beweis davon an der Schwelle Schwedens, gleich bei Ihrem ersten Schritte auf dem Boden unseres Vaterlandes zu geben. Wir hoffen, Ew. Excellenz, daß Sie die Eingebungen würdigen, die uns hierbei geführt haben, und daß die einfache Art, in welcher sie sich ausdrücken, bei Ihnen ihre Entschuldigung durch das Loyale und Aufrichtige in dem leitenden Gedanken selbst finden wird. Helsingborg's Stimme ist nicht eine solche, welche die Begebenheiten des Tages mit großem Geräusch widerhallt, aber sie ist stets die Stimme eines freien Volkes, welches von anderen freien und tapferen Völkern verstanden zu werden liebt und welches die Solidarität der Nationen lebhaft anerkennt.“ Se. Excellenz erwiderte hierauf ungefähr Folgendes: „Allerdings, meine Herren, habe ich Kenntniß genommen vom dem Auftreten des schwedischen Reichstages zu Gunsten der nationalen Sache Italiens; ganz Italien hat mit freudiger Ueberraschung und tiefer Dankbarkeit dasselbe gethan. Daß diese Sympathien für Italien die des ganzen edlen schwedischen Volkes sind, davon sind wir vollkommen überzeugt, und es ist mir nicht erlaubt, die schmückhafte Aufnahme, die ich hier erfahre, anders als für einen Beweis davon anzunehmen. Es ist übrigens gerade diese so offen ausgesprochene Theilnahme Schwedens für Italiens Sache, der ich dafür zu danken habe, daß ich mich in diesem Augenblicke hier befinde. Mein König hat, sobald das Auftreten des schwedischen Reichstages in der italienischen Frage ihm bekannt wurde, sich beeilt, dasselbe durch eine diplomatische Vertretung in Stockholm zu beantworten. Ebenso sehr, wie ich mich glücklich fühle, von meinem Souveräne gerade zu dieser Mission auszuweisen, werden zu sein und ebenso lebhaft wie ich wünsche, daß diese diplomatische Verbindung ungestört und langdauernd sein möge, ebenso warm, hege ich meine Wünsche, daß Schweden ebenmäßig und ruhig in der Entwicklung seiner Freiheit vorwärts schreiten und sein Glück als ein Volk genießen möge, dessen Selbstständigkeit, zu allen Zeiten so männlich aufrechterhalten, jeden Tag mehr gefestigt wird.“ Die Versammelten stimmten darauf mit einem drei Mal wiederholten Hurrah in ein von jenem improvisirenden Redner ausgebrachtes Lebehoch für Victor Emanuel, den großen Beförderer von Italiens Freiheit und Einheit, den Juven der italienischen Nationalität und König der Tapfern, ein, worauf Marquis Migliorati mit einem Lebehoch für Schwedens König Karl XV. antwortete. Ein Lebehoch für Victor Emanuel's Repräsentanten am schwedischen Hofe wurde in gleicher Weise von Sr. Excellenz mit einem Lebehoch für die Stadt Helsingborg beantwortet. Nachdem darauf ein ferneres Lied von dem Gesangsverein gesungen worden war, stimmte die Musik einen Marsch an und die Versammelten, deren Anzahl inzwischen auf ungefähr 1000 Personen angewachsen war, verließen den Platz.

## Türkei.

Pera, 24. Jan. [Militärreformen; Tcherkessen-Einwanderung.] Es ist jüngst einer in Konstantinopel neu beabsichtigten Reform Erwägung gesehen, der zufolge ein Korps von ca. 60,000 Polizeisoldaten als neuer Bestandtheil des türkischen Heeres organisiert werden soll. Die „A. 3.“ erzählt nun, daß man bereits stark an der Ausführung des Plans arbeite, und in drei Monaten schon die ersten neugebildeten Truppentkörper, deren Bestimmung es ist, auch nöthigenfalls gegen einen äußeren Feind verwendet zu werden, unter Waffen stehen sollen. Alle überzähligen Disziplinierten, deren es vom Krieg her noch eine große Anzahl giebt, sind zusammenberufen, und diejenigen unter ihnen, welche lesen und schreiben können, für die Polizeisoldaten, deren offizieller Name Annije ist, notirt worden. Auch die unbefähigten Offiziere der ungarisch-polnischen Emigration sollen dort verwendet werden. — Die Einwanderung der Tcherkessen nimmt so großartige Dimensionen an, daß eine besondere Kommission gebildet werden mußte, um die Verhältnisse der Ankömmlinge zu ordnen. Die zum Besten der Einwanderer eröffnete Subskription nimmt einen erfreulichen Fortgang, und auch die europäische Kolonie hat nach dem Vorangehen einiger Engländer angefangen sich daran zu betheiligen.



## Rom Landtage.

### Herrenhaus.

Der Bericht der Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs über das Ehegesetz will als die bis jetzt wichtigste Kundgebung des Hauses angesehen sein. Den Beratungen wohnten die Minister Dr. Simons und v. Bethmann-Hollweg, Prof. Dr. Richter und der Geh. Ob. Justizrat Frieberg bei. Auf eine Stimme (Krausnick?), welche in den Kommissionsberathungen zu Gunsten der Regierung gesprochen, sind die übrigen Mitglieder der Kommission der Ansicht, daß die proportionale fakultative Zivilehe alles Bedürfnis weit überschreite, also keine Nothwendigkeit sei. Schon das wäre gewiß kein geringes Uebel, wenn die Frage als eine ganz allgemeine unter den Mitgliedern der anerkannten christlichen Kirchen zur Erörterung gebracht werde, ob man künftig keine Ehe kirchlich wolle eintragen lassen oder nicht. Das Gefahrbringende dabei sei, daß der Staat seine Angehörigen autorisire, sich mit den Vorschriften der Kirche, der sie angehören, und in der sie bleiben wollen, in Widerspruch zu setzen. Schon das sei, in der proklamirten Indifferenz gegen eine wichtige kirchliche Institution, die mit gutem Grunde daraus werden entnommen werden, ganz geeignet, die Stellung zur Kirche zu lockern und einen Schaden zu stiften, welcher vielleicht nie wieder ganz werde gehoben werden können. Andererseits würden die unmittelbaren Nachteile, welche unausbleiblich wären, gewiß viel zu gering ausgefallen. Wer die Zustände unserer unteren Volksklassen kenne, werde darüber nicht in Zweifel sein, daß nicht in wenigen, sondern, mindestens in der ersten Zeit, vielleicht in recht vielen Fällen das dargebotene Mittel, bei den Eheschließungen die Kirche zu umgehen, werde benutzt werden, gerade auch in der Absicht, eine Opposition gegen die Kirche oder gegen den Pfarrer an den Tag zu legen. Von einer Seite wurde dabei an die sehr heilsame Sitte erinnert, daß den gefallenen Personen bei den Proklamationen zur Ehe die ehrenden Bezeichnungen der unbescholtenen Mädchen nicht beigelegt, bei ihren Trauungen das Gelächte verjagt werde u. s. w. Wie stark werde solchen Brautpaaren die Versuchung entgegengetreten, mit Umgehung der Kirche sich an den Richter zu wenden, der solche Unterschiede nicht mache, wenn ihnen gesagt werde könne, nach einem neuen Landesgesetze sei die priesterliche Trauung zur Gültigkeit der Ehe nicht mehr erforderlich. Alle diese Nachteile träfen aber den Staat ebenso wie die Kirche. Die Heiligkeit der Ehe werde nothwendig in der öffentlichen Meinung wesentlich herabgesetzt, wenn der kirchlichen Eingebung der Ehe die außerkirchliche Eingebung derselben für die weltlichen Rechte allgemein koordinirt werde. Von einer Seite wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Folgen der fakultativen Zivilehe sich viel nachtheiliger zeigen würden, als dies selbst bei der obligatorischen der Fall sein würde. Werde ganz allgemein bestimmt, daß bei jeder Eheschließung eine Manifestation von der Obrigkeit erfolgen müsse, werde dabei dieser letzteren die Führung des Zivilstandsregisters übertragen, so nehme der dort zu vollziehende Akt einen andern Charakter an. Das Verlangen für die Kirche, wie das Herabsetzen für die Institution liege eben in der ausdrücklich etablierten Willkür der Mitglieder der Kirche diesen gegenüber, in der erwählten gegenseitigen Koordination der kirchlichen und obrigkeitlichen Schließung der Ehe. Ein sehr zu beachtender Umstand sei es, wurde endlich hervorgehoben, daß aus den Ausführungen des Justizministers kein einziges Motiv für die Ausdehnung der in Vorschlag gebrachten Maßregel bis zu der fakultativen Zivilehe zu entnehmen sei. Man könne der ganzen Ausführung des Ministers beistimmen, und doch gar keinen Grund finden, zu der proportionierten Maßregel seine Zustimmung zu geben, zu welcher in jener mit den nachtheiligen Folgen verbundenen Ausdehnung nicht das geringste Bedürfnis nachgewiesen oder auch nur zu begründen versucht sei. Der Justizminister hatte nämlich zur Vermeidung von Mißverständnissen erklärt, daß es sich bei der vorgeschlagenen Einführung der Zivilehe um das Bedürfnis handle 1) der Disposition, 2) derer, die in der Landeskirche ständen und denen die nachgegebene Wiedertrauung verweigert würde. In Betreff der ersteren würde es gehen die in der Verf. Art. verbürgte Gewissensfreiheit verstößen, wenn man jemand zu der Erklärung seines Austritts aus der Landeskirche zwänge, um die gültige Abschlüßung einer gesetzlich zulässigen Ehe verlangen zu können. Der Kultusminister seinerseits hält es mit der Würde des Staats unvereinbar, ein Verhältniß erst dann zu sanktioniren, wenn es von der Kirche reprobiert sei, weshalb auch die fakultative Zivilehe der Zivilnothe vorgezogen worden sei. — Auch in der Kommission wird übrigens anerkannt, daß ein Konflikt auf diesem Gebiete wirklich vorhanden sei und daß gewichtige Gründe vorlägen, ihm eine Abhilfe nicht zu versagen.

Was die statistischen Notizen betrifft, welche der Kommission zu Gebote standen, so ergibt sich nach Berichten derselben hieraus das erfreuliche Resultat, daß die Zahl der Eheschließungen fortwährend abnimmt. Mit Ausschluß von Vorparagrapen wurden geschieden: 1. Periode 1820/22. 1820: 2944; 1821: 2800; 1822: 2849 Ehen. 2. Periode 1839/41. 1839: 2524; 1840: 2312; 1841: 2341 Ehen. 3. Periode 1851/53. 1851: 2501; 1852: 2300; 1853: 2315 Ehen. Ehesachen sind anhängig gewesen: 1855: 6908; 1854: 6632; 1855: 6035; 1856: 5630; 1857: 5413 und 1858: 5174. Die Zahl der Trauungsverweigerungen hat sich von 730 im Jahre 1855 auf 426 im Jahre 1859 vermindert. Die Kommission verwirft schließlich die zu §. 1 und 2 gestellten Amendements und Unter-Amendements und beantragt diese Paragraphen selbst, welche das Prinzip des Gesetzes enthalten, abzulehnen. Diese Paragraphen lauten in der Regierungsvorlage: §. 1. Die Trauung durch den Geistlichen einer der Kirchengemeinschaften, die zur Führung eines mit öffentlichem Glauben versehenen Kirchenbuchs berechtigt sind, begründet die bürgerliche Rechtsgültigkeit einer Ehe. §. 2. Außerdem kann die bürgerliche Rechtsgültigkeit einer Ehe nur durch eine Erklärung vor dem Richter begründet werden, nach näherer Bestimmung des folgenden Abschnitts. — Genehmigt das Plenum diesen Antrag, so fällt damit auch der ganze zweite Abschnitt des Gesetzes, welcher eben von der Eheschließung vor dem Richter handelt. Hiernach sind 15 Paragraphen der Vorlage absolut gestrichen. Die Paragraphen, welche von den Eheschließungen und den Ehescheidungen handeln, werden mit geringen Modifikationen zur Annahme empfohlen. Wir behalten uns Ausführlisches bei Gelegenheit der Debatte vor, welche, wie bis jetzt bestimmt, Montag den 13. um 11 Uhr beginnen soll, und dies um so mehr, als ein vom Grafen Spensky gestelltes Amendement Aussicht hat, angenommen zu werden.

### Haus der Abgeordneten.

Berlin, 9. Febr. [Zehnte Sitzung.] Es wurde zunächst zur Wahl der Präsidenten und der Vizepräsidenten für die übrige Dauer der Session geschritten. Der Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung, überlegt aber darauf dem ersten Vizepräsidenten, Abg. Grabow, die Präsidentsur. Es sind 293 Zettel abgegeben worden, von denen 2 unbeschrieben und einer für ungültig erklärt wird. Es bleiben demnach 290 Notizende, und die absolute Majorität beträgt 146 Stimmen. Davon erhielten Dr. Simson 195 (Bravo rechts), v. Arnim (Neustettin) 76, Grabow 12, Reichensperger (Köln) 5 und Dr. Weit 2 Stimmen. Der Abg. Grabow ladet den Präsidenten Dr. Simson ein, den Präsidentenstuhl einzunehmen. Derselbe nimmt die Wahl an und dankt für das erneute Zeichen von Wohlwollen und Vertrauen; er sei sich aber wohl bewußt, daß er ganz wie vor vier Wochen sich auch heute das Wohlwollen, das Vertrauen erst noch verdienen müßte und dies werde nur durch eine ernste, treue, parteilose Führung möglich sein, wobei ihm freilich die Rücksicht des Hauses werde zur Seite stehen müssen. — Bei der hierauf erfolgten Wahl zum ersten Vizepräsidenten sind 301 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren 3 ohne Namen und 3 ungültig, weil sie Namen ohne nähere Bezeichnung enthielten; es blieben demnach 295 Stimmen und die absolute Majorität beträgt 148. Es haben davon erhalten: Grabow 189, Reichensperger (Köln) 98, Matthies (Barnim) 3, v. Arnim (Neustettin) 3, Graf Pückler 1, Reichensheim 1. Abg. Grabow ist demnach zum ersten Vizepräsidenten gewählt, nimmt dankend die Wahl an und bittet um Nachsicht. — Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten sind Stimmzettel abgegeben 289, davon ungültig 7, unbeschrieben 7, bleiben 278 und die absolute Majorität stellt sich auf 140. Davon erhielten: Matthies (Barnim) 174, Graf Pückler 41, Osterrath 53, Allnoch 2, v. Arnim (Neustettin) 1.

Während des Strutiniums traten nach abgehaltenem Konfess im Konferenzzimmer sämtliche Minister in den Saal, Fürst Ho-

henzollern, die Herren v. Auerswald, v. d. Heydt, Simons, v. Schleinitz, v. Patow, Graf Pückler, General v. Koon, v. Bethmann-Hollweg, Graf Schwerin und der Vizeadmiral Schröder. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Fürst Hohenzollern das Wort, um zwei Gesetzentwürfe vorzulegen. Der erste betrifft die allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienste, der zweite die Feststellung des Nachtrags zum Etat von 1860, betr. die Forterhebung des Zuschlags von 25 Proz. zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer, zur Mahl- und Schlachtsteuer. Es wird nicht erforderlich sein, die hohe Wichtigkeit und die große Tragweite dieser beiden Gesetzentwürfe noch näher ans Licht zu stellen. Ich übergebe sie Ihrer gewissenhaften Prüfung und Würdigung und wende mich hierbei an ihr preussisches Herz und an ihre deutsche Gesinnung, in der Hoffnung, daß Sie nach ernstlicher Prüfung Ihre Zustimmung zu Gesetzentwürfen geben werden, welche nicht bloß die preussische, sondern auch die deutsche Wehrkraft zu stärken beabsichtigen. Sie haben ihre Basis in politischen, staatswirtschaftlichen und bürgerlichen Beziehungen. Der Kriegs- und der Finanzminister werden Ihnen das Nähere hierüber mittheilen. Der Kriegsminister v. Koon hat nur noch wenig hinzuzufügen. Das Charakteristische des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht kann nicht ohne Einsicht in das Gesetz und dessen Motive erfaßt werden. Seine Wichtigkeit beruht auf sozialen, politischen und militärischen Rücksichten, und es ist zu hoffen, daß die Vorlage eine prompte Würdigung fände. Was den Charakter des Entwurfs betrifft, so ist der Standpunkt der Kontinuität festgehalten und schließt sich genau an das Gesetz vom 3. September 1814 an; er sucht nur das zu entfernen, was für die jetzigen Verhältnisse nicht mehr passend ist und das einzufügen, was sich als Bedürfnis herausgestellt hat. Es ist nicht die Absicht, mit der Vergangenheit zu brechen, sondern das preussische Heer wird auch fernerhin das Volk in Waffen sein. Das Bedürfnis der Reorganisation ist außer aller Frage; die Nothwendigkeit ist von allen Schichten der Bevölkerung anerkannt. Das Bedürfnis ist allmählich bis zur Unabweisbarkeit angewachsen. Die Regierung ist erst nach sehr reiflicher und ernster Prüfung an die Reform gegangen und hat sie in die rechte Bahn zu leiten gesucht, indem sie weder durch Liebhabereien noch durch Einseitigkeiten sich bestimmte, sondern das Wesen der Sache zu erfassen sich bestrebt. Die Nothwendigkeit der Umgestaltung beruht auf sozialen Umgestaltungen im Innern des Welttheils. Es ist die Nothwendigkeit festgestellt, Allen gleiche Lasten zum Kriegsdienste aufzulegen. Die Vermehrung der Bevölkerungen, die Umgestaltung des Heerwesens, die Erfahrung der neuesten Kriegsführung sind allein maßgebend gewesen. Es sind gleichartige Interessen, welche Regierung und Volk befehlen; das Bedürfnis der Regierung ist mit dem Ansehen der Nation identisch; es ist hier kein spezifisch gouvernementales Interesse im Spiel, sondern nur eins, das der getreue Reflex des Nationalinteresses ist. Es ist die Pflicht der Regierung, nichts zu versäumen, was die Wehrhaftigkeit und das Ansehen des Volkes erhöhen kann. Neben manchen Gleichrichtungen werden auch mancherlei Opfer auferlegt werden müssen. Preußens Macht und Ansehen ruht auf zwei Pfeilern, auf der tüchtigen, ungeschwächten, möglichst vervollkommenen Wehrkraft und auf der weisen Verwaltung der Finanzen. Die Regierung hat wohl erwogen, wie viel das Eine verlangen könne, ohne das Andre zu beeinträchtigen. Der Finanzminister v. Patow fügt dem hinzu (wir werden seine Ausführungen später ausführlicher mittheilen), daß die erforderliche jährliche Mehrausgabe auf 9 1/2 Millionen veranschlagt sind, und auch noch andere fortlaufende Mehrausgaben werden verursacht werden, daß indeß für das laufende und das nächstfolgende Jahr ein Ordinarium von 3,900,000, und ein Extraordinarium von 3,000,000 Thlr. genügen werden. Die Regierung beantragt, den außerordentlichen Steuerzuschlag bis zum Schluß des Jahres 1862 fortzuerheben zu dürfen, während sie dann wesentlich auf den erhöhten Ertrag der Grundsteuer rechnet, und für das Extraordinarium auf die Restbeträge von der vorjährigen Anleihe zurückgreift. — Nächste Sitzung am 11. Februar. PB.

## Polales und Provinzielles.

R. Posen, 11. Febr. [Die städtische Sparkasse.] Eine Uebersicht über den Stand der hiesigen Sparkasse am Schluß des verflossenen Jahres ergiebt folgendes Resultat. Die Zahl der am Schluß des Jahres 1859 im Kurse befindlichen Quittungsbücher der Sparkasse betrug 3789, zusammen über 223,982 Thlr. 5 Sgr. 2 Pf. Hiervon besaßen: Gewerke, Stiftungen, Kirchen, Schulen u. 1280 Bücher über 89,595 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf., Kinder 761 Bücher über 31,498 Thlr., Wittwen 130 Bücher über 10,200 Thlr., Dienstboten 909 Bücher über 69,759 Thlr. 10 Sgr., Gewerbetreibende 455 Bücher über 16,179 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf., Militärs 188 Bücher über 5420 Thlr., Beamte 58 Bücher über 820 Thlr., Personen unbekannten Standes 8 Bücher über 500 Thlr.

S. — [Konzert.] Der junge Violinvirtuose Jean Hanff, ein Schüler des berühmten f. Kammervirtuosen Laub in Berlin, ist auf einer Kunstreise hier eingetroffen und beabsichtigt, morgen, Sonntag, den 12. d., im Saale von Budwigs Hotel eine musikalische Abendunterhaltung zu geben. Der anpruchsvolle Künstler hat sich schon im vorigen Jahre durch seine Leistungen auch hier viele Freunde erworben, und wird sicher um so mehr auch diesmal auf recht vielseitige Theilnahme zählen dürfen, da neben dem Genusse, welchen seine Vorträge zu bieten vermögen, ja auch noch der Umstand ins Gewicht fällt, daß er leider des Augenlichts beraubt ist. Der Tenorist Hr. Seyler, den unser Publikum schon als „Postillon von Conjeureau“ wiederholt beifällig aufgenommen, und eine junge Sängerin (die, wie wir hören, binnen Kurzem auf der hiesigen Bühne ihre ersten Schritte auf der theatraischen Laufbahn versuchen will), Frä. Jaekel aus Breslau, Schülerin der Frau Dr. Mamppe-Babnig, haben mit freundlicher Bereitwilligkeit dem Konzertgeber ihre Unterstützung zugesagt, und so wird es ja auch an unterhaltender Abwechslung nicht fehlen. Sei denn unser musikkundliches Publikum zu recht ausgedehnter Theilnahme freundlichst eingeladen.

B. Birnbaum, 10. Febr. [Ehrlicher Todtschlag; Petition wegen der Wahlkreise.] Am 27. v. M. befanden sich mehrere Arbeitsleute der Herrschaft von Kobyte in der Scheune, unter denen auch der Tagelöhner Wyrupus und der Dörsenhecht Kaczmarek. Beide neckten sich und W. hatte mit einem Recken nach dem Fuße des K. und versuchte, trotz des Verbots, später mit dem Recken dem K. die Wange vom Kopfe zu ziehen. K. ergriff einen Drecksack und schlug den W. damit, dieser aber schlug darauf den K. mit dem Recken dergestalt über den Kopf, daß dieser niederstürzte und am Abende desselben Tages starb. Die Section ergab, daß er an einer Kopfverletzung gestorben.

Die Wahlmänner unserer Stadt und der nächsten Umgegend haben dem Landtage eine Petition eingebracht, in welcher sie bitten, dahin wirken zu wollen, daß bei den Abgeordnetenwahlen jeder Kreis für sich wähle. Sollte dies nicht zulässig sein, so beantragen sie, daß die beiden Kreise Birnbaum und Meseritz gemeinschaftlich wählen dürfen. Vor allen Dingen aber protestiren sie, wenn, wie vorgeschlagen, Birnbaum und Samter mit einander wählen müssen, gegen den Wahlort Rissa.

< Rissa, 10. Febr. [Kleine Notizen.] Der in der Nacht vom 6. zum 7. eingetretene heftige Schneefall, welcher von einem gewaltigen Sturm, wiederholt sogar von Blitz und Donner begleitet gewesen, hatte abermals eine momentane Vertheilung verursacht, indem der Schienenweg an einzelnen Vertiefungen verschüttet war, so daß dieselben von den fälligen Zügen nicht passiert werden konnten. Dies wiederfuhr unter Anderem auch am folgenden Morgen dem von Posen nach Breslau abgegangenen Frühzuge. Zwischen Czempin und Kosten konnte derselbe auf dem verschütteten Gleise nicht durchdringen, mußte daher nach dem Bahnhof Czempin zurück und dort die Freimachung der Bahn abwarten. Abentheuerliche wiederfuhr im Laufe des Dienstag und Mittwoch auch verschiedenen anderen Zügen an mehreren Orten. — Der junge Violinvirtuose Jean Hanff hat am Dienstag Abend auf vielseitigen Wunsch ein zweites Konzert gegeben, das sich diesmal einer zahlreichen Theilnahme und der lebhaftesten Anerkennung zu erfreuen gehabt. — Theaterdirektor Gehrmann ist mit seiner Gesellschaft von Radowitz hierher übergesiedelt und hat gestern Abend im großen Schießhaussaale den Cytus seiner Theatervorstellungen mit dem fünfaktigen Lustspiele von Arthur Müller: „Wie geht's dem König?“ eröffnet.

Neu (Stadt) b. P., 10. Febr. [Markte; seltene Christfeil.] Der am 6. d. hier stattgehabte Pferde- und Viehmarkt — der erste in diesem Jahre — fiel, wie zu erwarten war, schlecht aus, wozu auch der Umstand beitrug, daß während des ganzen Tages ein stürmisches Wetter mit Schneetreiben anhielt. Der Markt war fast nur mit schlechten Bauernpferden besetzt. Trotz der billigen Preise fanden sich keine Abnehmer und nur in höchst seltenen Fällen kam ein Geschäft zum Abschluß und dann nur zu Spottpreisen. Ebenso war es mit dem Hornvieh. Die Getreidepreise waren höchst unbedeutend. Es wurde bezahlt der Scheffel Weizen mit 2-2 1/2 Thlr., Roggen mit 1 1/2-1 3/4 Thlr., Hafer mit 22-25 Sgr., Buchweizen 1 1/2 Thlr., Gersten 1 1/2-1 3/4 Thlr., Kartoffeln mit 14-15 Sgr. Der Rammart glich kaum einem Wochenmarkt. — Anfangs vorigen Jahres kaufte ein hiesiger Bäcker auf dem Wochenmarkt von einem Bauern aus hiesiger Umgegend 3 Scheffel Weizen, bezahlte aber in der Eile für 4 Scheffel. Der Bauer nahm den Betrag. In diesen Tagen kam der Verkäufer mit Getreide hierher und forderte den Bäcker auf, einen Scheffel Weizen unentgeltlich von ihm anzunehmen. Nachdem er den letztern auf den Scheitern, der ihm schwer auf dem Herzen gelegen und ihm seine Ruhe gelassen, zurückkam gemacht, nahm der Bäcker den Weizen. Der Bauer wollte ihn nun auch für das so lange behaltene Geld, welches er zur Zeit sehr nöthig gebraucht und für den jetzigen Winderwerth des Weizens entschädigen, was indeß der Bäcker natürlich ausschlug.

S. Radowitz, 10. Febr. [Wochenbericht.] Sonnabend langten 300 Soldaten von Posen hier an, welche am Sonntag hier Nacht lagerten und am andern Tage früh den Weitermarsch antraten. Die Mannschaft ist von der Bine entlassen und den resp. Landwehr-Bataillonen zugetheilt worden. — Am verschneiten Sonntag unternahm unsere Kasinogellschaft eine Schlittenpartie nach Bojanowo, da es den Anschein hatte, als wäre dies der letzte Schnee in diesem Winter. Es ist aber jetzt wieder ausbleibt, dürfen wir wohl ferner noch Zeit zu Schlittenpartien gewinnen. — Vorgestern beging der Bäckermeister Karl Kretschmer und dessen Gattin das fünfzigjährige Ehejubiläum. Schon vom Morgen an eilten dem festlich geschmückten Hause Kinder und Enkel, Verwandte und Freunde von nah und fern zu, um dem würdigen Paare, welches sich noch der rüstigsten Gesundheit erfreut, Glückwünsche darzubringen. Um 11 Uhr begaben sich Deputationen des Magistrats, der Stadtverordneten, der Schützengilde, und die beiden evang. Ortsgemeinden zu gleichem Zwecke in die Wohnung des Jubelpaares. Dieser Beglückwünschung folgten die der übrigen Korporationen und Privatpersonen aus allen Ständen und Konfessionen, dem Liebe und Duldbamkeit gehörten stets zu den Tugenden dieses Jubelpaares. Am Abend vereinte die Festgesellschaft ein fröhliches Mahl, bei welchem ernste und heitere Trinksprüche wechselten. Das Jubelpaar zeichnete diesen feinen Ehrentag noch besonders durch milde Gaben aus, die von ihm an christliche und jüdische Arme vertheilt wurden. — Seit Mittwoch hat und die Gehrmannsche Theatergesellschaft verlassen, die durch fast sechs Wochen hier gespielt und in gerechter Würdigung ihrer Leistungen vielfache Anerkennung gefunden hat.

S. Bromberg, 10. Februar. [Petition; Beleidigung; neue Druckerei.] Unsere Stadt wünschte nach Maßgabe der von ihr zu leistenden Beiträge eine größere Vertretung auf den Kreistagen. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung lag ein Schreiben des Landraths vor, mit der Theilnahme, daß die Vertretung gesetzlich festgestellt sei und daher auch nur im Wege des Gesetzes geändert werden könne. Die Versammlung beschloß, in dieser Angelegenheit eine Petition an das Ministerium zu richten. — Bei dem Kommando der 4. Division ging im Juli v. J. von dem Handlungsdiener Michael Michelsohn hier die Anzeige ein, er sei am 29. Juni Abends auf dem alten Markte einer Militärpatrouille begegnet, welche der Lieutenant L. vom 14. Regt. führte. Dieser habe ihn ohne alle Veranlassung an den Hals gefaßt, seine Arretirung befohlen und gerufen: „Gut zu auf den Juden!“ Darauf hätten die Soldaten ihn zu Boden geworfen und gemißhandelt. Endlich habe jener gerufen: „Laßt den Juden laufen!“ u. s. w. Wörtlich heißt es dann: „Diese große Brutalität des L. beweist, daß er seine Pflichten und Befugnisse als Offizier gar nicht kennt und ihm der Grad der Bildung ermangelt, der sonst das preussische Offizierskorps auszeichnet.“ Schließlich beantragte M. die Untersuchung und Bestrafung. Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, daß M. mit der erwähnten Patrouille in Kollision gerathen und allerdings von den Soldaten gemißhandelt worden war; seiner der Zeugen hat aber bezeugt, daß der Lieutenant dies angeordnet. Michaelsohn wurde wegen Beleidigung einer Militärperson unter Anklage gestellt. Der Prozeß kam am 6. d. vor der Kriminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts zur Verhandlung, endete indeß mit Freisprechung des Angeklagten. — Eine vierte Druckerei ist nunmehr in Bromberg von einem Herrn Spanier eingerichtet; ebenso ist das bereits früher erwähnte Blatt erschienen. Es führt den Titel: „Intelligenzblatt für den Weichsel- und Redobitsch“, enthält vorläufig nur Annoncen und erscheint wöchentlich drei Mal. Ob diese Spekulation gelingen wird, muß die Zukunft lehren.

### Angewandte Fremde.

Vom 10. Februar.  
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsh. v. Waligorski aus Roskowo, die Gutsächter v. Plucinski aus Konajacy, v. Plucinski und Frau Rittergutsb. v. Banajewicz aus Uleno, Gutsh. v. Sultzycki aus Chomigze, Rittergutsb. v. Kozutski aus Wargowo, die Kaufleute Bookmann und Winkler aus Breslau, Pechul aus Stettin und Fiedolin aus Berlin.  
HOTEL DE PARIS. Gutsh. v. Gieselski aus Sosnowo, Probst Plüschgawski aus Dnin, Partikulier v. Polaski aus Solencin und Gutsächter Pilaski aus Strumiany.  
HOTEL DE BERLIN. Rittergutsb. Witt aus Bogdanowo, Oberförster Ring aus Sowiniec, Kandidat Ruttner aus Neutomysl und Kaufmann Günther aus Glogau.  
EICHBOHNS HOTEL. Administrator Gerlach aus Bromberg und Kaufmann Joachimsthal aus Görlitz.  
BUDWIG'S HOTEL. Kaufmann Mohaupt und Verwalter Eichauß aus Gerniejewo, Schächter Flatau aus Kalau, die Wirthe, Inspektoren Slawczynski aus Strelasewo und Heuser aus Bojanice.  
DREI LILLEN. Kaufmann Gronheim aus Fraustadt und Gutsh. Weinhold aus Dabrowka.  
BRESLAUER GASTHOF. Die Händler Rampf aus Fraustadt, Rump aus Breslau und Witschig aus Krain.  
Vom 11. Februar.  
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsh. v. Kieracki aus Breschen und v. Rejzyci aus Blochowice, die Kaufleute Tropens aus Pion, Hoffmann, Kadewitz und Königsberg aus Berlin, Rittergutsb. aus Breslau, Müller und Eichenhagen aus Dresden, Friederici aus Stettin und Gumpert aus Wien.  
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Posthalter Frank aus Dittrowo, die Rittergutsb. Burghard aus Goriadowo und Zehniger aus Reglin, Dekanomie, Inspektor Brunwald aus Fraustadt, die Kaufleute Schiff aus Berlin, Oppenheimer aus Sprottau und Wanders aus Krefeld.  
HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsb. v. Wilczynski aus Krzyzanowo, die Rittergutsbesitzer v. Trapeznicki aus Morowica und Slawski aus Komornik.  
BAZAR. Frau Gutsh. v. Baranowski aus Marjewo, die Gutsh. v. Blochowski aus Przelaw, v. Epoki aus Reuldom und v. Zeleniewski aus Volhynien. (Beilage.)



## Die königl. preuss. konzeß. Dr. Dag

Neust. Buchlentwiete Nr. 120.



Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.